

## **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Elternwillen ernst nehmen – Gesamtschulen fördern**

Zum Schuljahr 2000/2001 haben in Bremen – nicht zum ersten Mal – sehr viel mehr Eltern ihre Kinder in einer Gesamtschule (Gesamtschule West, Gesamtschule Ost, Schulverbund Lesum und vier Integrierte Stadtteilschulen) angemeldet als Plätze vorhanden sind.

Weit über 200 Eltern erhielten für ihre Kinder eine Absage.

Die Anmeldezahlen hätten gereicht, mehr als zehn zusätzliche Parallelklassen oder auch drei neue Schulen einzurichten.

Statt dessen ist geplant, die Klassenfrequenzen in den Gesamtschulen mit Beginn des kommenden Schuljahrs von derzeit 20 – ursprünglich 18 – auf bis zu 24 Schüler/-innen anzuheben.

Ausschlaggebend für eine Anmeldung ihrer Kinder an einer Gesamtschule sind für die Eltern neben der integrativen Beschulung die inhaltlichen Profile, die ganztägige Betreuung, das Lernen im Team, in festen Klassen ohne Leistungsgruppen und Sitzenbleiben und nicht zuletzt der Wegfall der Orientierungsstufe.

Um Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zu integrieren, ihnen gute Bildungschancen zu eröffnen und gleichzeitig einen hohen Leistungsstandard zu erreichen, brauchen die Gesamtschulen solide Rahmen- und Entwicklungsbedingungen. Die Klassenfrequenzen zu erhöhen statt die dringend notwendige Debatte über die Entwicklung der Sekundarstufe I in Bremen zu führen, konterkariert den Elternwillen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Klassenfrequenzen an den Gesamtschulen zum Schuljahr 2000/2001 nicht zu erhöhen.

Die Stadtbürgerschaft fordert außerdem den Senator für Bildung auf, dem Elternwillen Rechnung zu tragen und bis zum Ende des Jahres 2000 gemeinsam mit den Gesamtschulen und anderen Schulen der Sekundarstufe I konkrete Vorschläge zu entwickeln, wie weitere integrative Schulangebote in Bremen geschaffen werden können. Der Senator für Bildung wird gebeten, der Stadtbürgerschaft nach Beratung in der Deputation für Bildung bis spätestens Februar 2001 einen Bericht vorzulegen,

Zachau, Mützelburg, Dr. Helga Trüpel,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen